



Nina Warken

Mitglied des Deutschen Bundestages

ZUHÖREN.
ANPACKEN.
UMSETZEN.



Liebe Leserinnen und Leser,

nicht nur mit Blick auf die Autobahnen sind wir gegen ein Tempolimit – das gilt auch für unsere Politik und unsere parlamentarische Arbeit.

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag unter anderem Maßnahmen für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege und bessere Löhne auf den Weg gebracht. Mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Rückführung des Solidaritätszuschlags beginnt das Projekt, auf das unsere CDU/CSU-Fraktion schon seit vielen Jahren hingearbeitet hat: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Die parlamentarische Umsetzung des Klimaschutzprogramms, ein Investitionspaket in Höhe von 54 Milliarden Euro, wurde aktuell eingeleitet. Sie sehen: Wir sind auf einem guten Weg und machen ordentlich Tempo!

Falls Sie ein Anliegen haben, so können Sie sich jederzeit an mich persönlich wenden. Ich freue mich auf den Dialog mit Ihnen!

Herzlichst

Jhu
Nina Warken

„Wer Bäume setzt, obwohl er weiß, dass er nie in ihrem Schatten sitzen wird, hat zumindest angefangen, den Sinn des Lebens zu begreifen.“

Rabindranath Tagore



Osterburken. Das Wetter war regnerisch, die Stimmung aber bestens: Gemeinsam mit der Jungen Union Adelsheim-Osterburken hatte ich im Rahmen der Aktion „Mein Baum fürs Bauland“ zu einer Baumpflanzaktion eingeladen. Allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern vielen Dank für die Präsenz und das gezeigte Engagement! Rund 90 Milliarden junge und alte Bäume wachsen in deutschen Wäldern, fast ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands ist bewaldet. Damit zählt unser Land zu den waldrei-

chen Ländern dieser Erde. Doch unser Wald macht Sorgen: Die Wetterextreme der vergangenen Jahre, Klimawandel, Trockenheit und Sturm sind ihm nicht bekommen. Die Schäden sind ernst, aber die Statistik zeigt auch: Die Schadfläche beträgt weniger als ein Prozent des Gesamtbestandes. Wir haben daher einen „Masterplan für Deutschlands Wälder“ erarbeitet. Nach der Schadensbeseitigung soll es einen klimaangepassten Waldumbau und nachhaltige Bewirtschaftung geben.



Berlin. Unsere Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat eine international kontrollierte Sicherheitszone für Nordsyrien angeregt: „Wir müssen auf Dauer Strukturen schaffen, die eine Rückkehr der Flüchtlinge möglich macht und eine Lösung, die für Stabilität und Sicherheit in der Region steht.“

Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat

Kramp-Karrenbauer wirbt um die Unterstützung aller beteiligten Konfliktparteien in der umkämpften Region. Deutschland wolle mit Frankreich, Großbritannien, den USA sowie unter Einbeziehung der Türkei und Russlands, über eine Lösung für Nordsyrien beraten. Ziel müsse es sein, rasch eine dauerhafte Waffenruhe in der Region zu etablieren, um das Leid der betroffenen Zivilbevölkerung zu mindern und den Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat konsequent fortführen zu können.

Die international kontrollierte Sicherheitszone soll dazu dienen, die Lage zu deeskalieren, den Kampf gegen den Terrorismus fortzusetzen und ein stabiles Umfeld für den zivilen Aufbau und die Fortsetzung des Verfassungsprozesses zu sichern.

„Zunächst ist es eine politische Frage, mit der wir uns hinsichtlich eines möglichen deutschen Beitrages im Bundestag befassen müssen“, so die Verteidigungsministerin.

Auch im Rahmen der politischen Gespräche mit den internationalen Partnern beispielsweise beim Treffen der North Atlantic Treaty Organization-Verteidigungsminister (NATO) in Brüssel wurde über Kramp-Karrenbauers Initiative gesprochen.

Unterstützung vom Europaparlament

Auch das Europäische Parlament hatte sich am vergangenen Donnerstag (24. Oktober 2019) in einem Beschluss für die Einrichtung einer von den Vereinten Nationen geführten Sicherheitszone ausgesprochen.

Klima Arena in Sinsheim eröffnet

Bundeskanzlerin Angela Merkel: „Die Arbeit der Klima Arena und der Stiftung ist von großer Bedeutung“



Nach anderthalbjähriger Bauzeit ist die Klima Arena in Sinsheim Anfang Oktober 2019 im Beisein von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann feierlich eingeweiht worden.

„Es ist wichtig, Erfahrung zu sammeln und einen Eindruck über den ökologischen Fußabdruck zu bekommen. Deswegen ist die Arbeit der Klima Arena und der Stiftung von großer Bedeutung“, sagte Angela Merkel in ihrer Eröffnungsrede. „Junge Menschen sind ungeduldig geworden. Ich will sagen mit Recht. Vielleicht können sie ihre Eltern überzeugen, diese Erlebniswelt zu besichtigen“, erklärte die Kanzlerin und an die Verantwortlichen der Klimastiftung für Bürger, dem Träger der Klima Arena, gerichtet: „Ich hoffe und denke, dass Sie hiermit etwas Wichtiges geschaffen haben, nämlich Erkenntnisse erlebbar zu machen und ins eigene Leben einfließen zu lassen.“

Das Mitwirken vieler Menschen sei wichtig, um den Klimawandel einzugrenzen, betonte Angela Merkel. „Der Staat, die Politik muss den Rahmen setzen. Das ist unbestritten, aber wir kommen viel schneller und besser voran, wenn Menschen mitmachen. Dieses Mitmachen zu verstärken ist das Projekt, dem Sie sich hier verschrieben haben. Dafür ein ganz herzliches Dankeschön.“ „Der Klimawandel ist kein Zeitgeist-Thema, das heute interessant und morgen wieder vergessen ist. Er ist das bestimmende Thema unserer Zeit“, erklärte Ministerpräsident Winfried Kretschmann. „Wir alle mussten in diesem Jahr lernen, dass der Klimawandel noch viel schneller vorausschreitet als einmal prognostiziert. Die entscheidenden Veränderungen müssen in den nächsten zehn Jahren passieren.“

Dietmar Hopp bedankte sich bei allen Mitarbeitern, die daran beteiligt waren, dass die Klima Arena exakt nach den von Experten erstellten Konzepten und zudem im geplanten Zeitraum errichtet wurde. „Ich muss gestehen, ich bin begeistert und auch stolz darauf, wie diese Klima Arena geworden ist“, sagte Hopp.

Die Klimastiftung für Bürger wurde im September 2014 von der Dietmar Hopp Stiftung GmbH gegründet. Die Klima Arena wurde mit einer Gesamtinvestition von ca. 40 Millionen Euro erbaut.



Gemeinsam mit meinen Landtagskollegen Karl Klein und Dr. Albrecht Schütte in Sinsheim vor Ort.

Im Wahlkreis unterwegs Ein informativer Tag in Weikersheim

Mit Stadträten und Parteifreunden der CDU und der Jungen Union war ich in der schönen Stadt Weikersheim unterwegs. Zu Beginn stand ein Treffen mit Frau Wiehl, Leiterin der Sozialstation, auf dem Programm. Mit dem Ersten Polizeihauptkommissar Olaf Bamberger vom Polizeirevier Bad Mergentheim habe ich mich über die Innere Sicherheit, die Kriminalitätsrate in der Region und die Veränderung der Einsätze der Polizei ausgetauscht. Bei dem Unternehmen Data Modul ging es um die Wirtschaftslage am Standort Weikersheim und die richtigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft im ländlichen Raum. Es folgte die Besichtigung einer Photovoltaikanlage und ein Gespräch über erneuerbare Energien mit Alexander Schuhmann, Geschäftsführer von KS-Solar, und Volker Hofmann, Geschäftsführer von ÜWS Schäfersheim. Gemeinsam mit Bürgermeister Klaus Kornberger besuchten wir den Kindergarten! Zum Abschluss ging es in die Bücherei: Ein sehr schönes Gebäude, in dem ich mit Bürgermeister Kornberger über Weikersheim, die Stadtentwicklung und andere Themen geplaudert habe. Ein toller, erlebnisreicher Tag im Südteil meiner Heimat! Großer Dank gebührt dem CDU-Team rund um Peter Rösch für die Organisation - auf euch kann man sich verlassen!



Auszüge aus dem „Leipziger Aufruf“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 14. Oktober 2019 trafen sich Unionsabgeordnete aus ganz Deutschland in Leipzig. Parlamentarier aus Ost und West, Nord und Süd wollten gemeinsam erinnern – an den Mut von Menschen in dieser Stadt, an den Mut von Bürgerinnen und Bürgern in der gesamten DDR und an die Unterstützung, welche diese erfahren haben. Sie alle haben den Weg dafür geebnet, dass Deutschland nach Jahrzehnten der Teilung wiedervereintigt wurde.

„Wir erinnern an die Bürgerinnen und Bürger, die über Jahrzehnte hinweg Zivilcourage zeigten und Widerstand in und gegen die Diktatur in der DDR wagten. Am Ende brachten sie die Mauer zum Einbruch.“

„Wir würdigen jene, die seit 1945 gegen Stalinismus und Kommunismus in unterschiedlichster Weise aufbegehrten. Sie standen gemeinsam auf wie in den Tagen um den 17. Juni 1953. Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße. Streiks, Demonstrationen und Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Und sie leisteten immer wieder persönlichen Widerstand.“

„Wir gedenken der vielen Opfer, die für den Wunsch nach Freiheit und Demokratie mit ihrem Leben bezahlen mussten.“

„Wir würdigen die Menschen in der Bundesrepublik, die sich mit der Teilung unseres Vaterlandes nie abgefunden und unbeirrt für die Menschen in der DDR eingesetzt haben.“

„CDU und CSU haben seit ihrer Gründung und der klaren Festlegung des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer auf die Einheit in Freiheit wie keine der anderen Parteien unerschütterlich an der Herstellung der Deutschen Einheit festgehalten. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ruft von Leipzig aus allen Demokraten des geeinten Deutschlands zu: Die Friedliche Revolution des Herbstes 1989 und der Sieg der Ostdeutschen über die Diktatur sind ein herausragendes Ereignis der gesamtdeutschen Geschichte. Dafür können wir in Demut dankbar und selbstbewusst sein.“

Wir bekräftigen unser Positionspapier zur Deutschen Einheit vom März 2019 und unterstreichen insbesondere den Handlungsbedarf bei diesen Punkten:

- ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland zu schaffen.
- die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals auch in Leipzig.
- ein Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte (1945 – 1989).
- ein Demokratieforum für Gegenwart und Zukunft am Ort des Archivs der DDR-Opposition in der ehemaligen Stasi-Zentrale einzurichten.



**30
JAHRE
MAUERFALL**

Wertschätzung: CDU/CSU-Bundestagsfraktion dankte Prof. Dr. Stephan Harbarth

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Landesgruppe Baden-Württemberg haben am vergangenen Dienstagabend im Reichstag einen Empfang für Prof. Dr. Stephan Harbarth ausgerichtet, der von 2009 bis 2018 direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Rhein-Neckar gewesen ist.

Bundestag und Bundesrat haben ihn im November 2018 zum Richter am Bundesverfassungsgericht und zu dessen Vizepräsidenten gewählt. Es ist vorgesehen, dass Harbarth im Jahr 2020 nach dem Ausscheiden von Andreas Voßkuhle das Amt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts übernimmt - protokollarisch das fünfthöchste Amt in der Bundesrepublik.

Ehrengast des Abends war Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Harbarth in einer persönlichen und kurzweiligen Laudatio würdigte.

Aber auch der Fraktionsvorsitzende Ralph Brinkhaus und der Landesgruppenvorsitzende Andreas Jung sprachen zu den Gästen, unter denen sich nicht nur aktive und ehemalige Mitglieder der Bundesregierung, sondern auch Parlamentarier aus allen Fraktionen und viele ehemalige Weggefährten befanden - was die Wertschätzung über Parteigrenzen hinweg unterstreicht.

Als nachgereichtes Abschiedsgeschenk aus seiner parlamentarischen Tätigkeit durfte sich Stephan Harbarth über eine Deutschlandfahne freuen, die auf einer der Ecktürme des Bundestages geweiht hat.

Auf diesem Wege möchte ich Herrn Professor Dr. Stephan Harbarth, für den ich am 5. Dezember 2018 in den Deutschen Bundestag nachgerückt bin, nochmals sehr herzlich zu dieser herausragenden Berufung gratulieren und ihm für sein verantwortungsvolles Amt alles Gute sowie für alle Entscheidungen viel Umsicht und Weitsicht wünschen.



Impressionen von Terminen in Berlin und in der Heimat



Zwei super Projekte: Vor Kurzem wurde nicht nur der neue, barrierefreie Bahnhaltelpunkt in Gaubüttelbrunn eröffnet, sondern auch ein Radweg, der Oberwittighausen mit Kirchheim und somit Baden-Württemberg mit Bayern verbindet. Kostenpunkt: 5,7 Millionen Euro. Wenn wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz, dann muss es auch im ländlichen Raum klimafreundliche Alternativen zum Auto geben - und mit Rad und Bahn gibt es jetzt auf der „Südschiene Bayern-BW“ gleich zwei. Neben Bayerns Verkehrsminister Hans Reichhart, meinem Kollegen Paul Lehrieder von der CSU, Ministerialdirektor Uwe Lahl vom baden-württembergischen Verkehrsministerium, den beiden Bürgermeistern Markus Wessels und Björn Jungbauer und weiteren Ehrengästen habe auch ich mich riesig gefreut!



Meine BPA-Besuchergruppe diese Woche: Gemeinsam mit meinem Kollegen Alois Gerig habe ich Mitglieder der Junge Union Main-Tauber, der KJG St. Bonifatius TBB, der FahnenSchwinger des Spielmannszug Tauberbischofsheim und des Sozialverband VdK Deutschland e.V. OV Wertheim-Reicholzheim im Paul-Löbe-Haus des Bundestages willkommen geheißen. Auf dem Programm stand auch ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Steffen Bilger MdB.

Danke an meine Besucher für Euer Interesse! Es war schön, Euch alle zu sehen und ein Foto mit dem Bismarck-Stadtwappen als Rahmen zu haben.



CDU Osterburken



Gespräch im Römermuseum Osterburken mit Museumsdirektor Dr. Jörg Scheuerbrandt

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken, MdB (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken, MdB (verantw.), Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin. Telefon 030 / 227 78102. E-Mail: nina.warken@bundestag.de / Internet: www.nina-warken.de

Bildnachweis: Foto Portrait Warken: Tobias Koch. Weitere Fotos: Ralph Kinzie, Patrick Krolla und Lukas Schäfer. Portrait A. Kramp-Karrenbauer: CDU/Laurence Chaperon. Fotos A. Merkel und D. Hopp: Klimastiftung für Bürger, Sinsheim. Grafik 30 Jahre Mauerfall: CDU/UBG. Texte: M. Busse, R. Kinzie, L. Schäfer, Bundesverteidigungsministerium, CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klimastiftung für Bürger.

Redaktion / Gestaltung: Matthias Busse.



Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum: Dialog mit AOK-Geschäftsführerin Michaela Lierheimer

Für Sie engagiert – in Berlin und in der Region!



Jahreshauptversammlung der Jungen Union Tauberbischofsheim: Nach zehn Jahren als Vorsitzender kandidierte Maximilian Joachim nicht mehr für dieses Amt, zum neuen Vorsitzenden wurde Ralph Kinzie gewählt. Herzlichen Dank für die tolle Zusammenarbeit und viel Erfolg für die Zukunft!

Reform der Handwerksordnung kommt: Wiedereinführung der Meisterpflicht für zwölf Gewerke geplant

Wir werden bei einigen Handwerksberufen die Meisterpflicht wieder einführen. Damit setzen wir ein wichtiges Vorhaben des Koalitionsvertrags um. Wir legen bei der Entscheidung, bei welchen Gewerken die Meisterpflicht wieder eingeführt wird, klare, objektive und eindeutige Kriterien an. Dabei achten wir darauf, dass wir die Vorgaben des deutschen Verfassungsrechts und des Europarechts einhalten. Wir sind davon überzeugt, dass der Meisterbrief im deutschen Handwerk die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft liefert. Nach Auswertung der Anhörungen werden wir der Koalitionsarbeitsgruppe „Reform der Handwerksordnung“ im Deutschen Bundestag vorschlagen, für die folgenden zwölf Gewerke die Meisterpflicht wieder einzuführen: Fliesen-, Platten- und Mosaikleger, Betonstein- und Terrazzohersteller, Estrichleger, Behälter- und Apparatebauer, Parkettleger, Rollladen- und Sonnenschutztechniker, Drechsler und Holzspielzeugmacher, Böttcher, Glasveredler, Schilder- und Lichtreklamehersteller, Raumausstatter sowie Orgel- und Harmoniumbauer.

Informationen zur Reform der Grundsteuer

Wieso war es so wichtig, die Grundsteuerreform zu beschließen?

Mit der Grundsteuerreform konnten wir eine der wichtigsten Einnahmequellen für unsere Städte und Kommunen sichern. Das Bundesverfassungsgericht hatte Anfang 2018 das Verfahren zur Grundsteuererhebung für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber bekam jedoch bis zum Ende dieses Jahres Zeit, die Grundsteuer zu reformieren. Ohne die Reform wäre eine große Lücke in den kommunalen Haushalten entstanden.

Welche Punkte waren der CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders wichtig?

Ein wichtiger Punkt ist die Öffnungsklausel. Dadurch hat jedes Land nun die Möglichkeit, das Grundsteuerrecht an regionale Verwerfungen wie z.B. in Stadtstaaten und Flächenländern, Ballungszentren und ländlichen Räumen anzupassen. Außerdem setzen wir auch ein wichtiges Zeichen für den Föderalismus. In Zusammenarbeit mit den Ländern soll zudem eine Lösung erarbeitet werden, die ausschließt, dass es durch die Öffnungsklausel zu bürokratischem Mehraufwand kommt. Weiterhin konnten wir einen Abschlag für Baudenkmäler bei der Steuermesszahl im Gesetz verankern.

Welche Auswirkungen hat die Grundsteuerreform für die Bürger und Bürgerinnen?

Im Vorfeld der Grundsteuerreform wurde klar das Ziel formuliert, dass es sich um eine aufkommensneutrale Steuerreform handeln soll. Am Ende soll also das Aufkommen der Grundsteuer insgesamt in Höhe von ca. 14 Milliarden nicht erhöht werden. Ein wichtiger Baustein ist dabei aber der kommunale Hebesatz, den die Kommunen selbst bestimmen dürfen. Es ist nun an den Städten und Gemeinden, ihre Hebesätze an das neue Bewertungsrecht so anzupassen, dass dieses Ziel auch erreicht werden kann. Das neue Bewertungs- und Grundsteuerrecht enthält zudem deutlich weniger Parameter zur Berechnung der Steuer als bisher. So müssen nach der Reform nur noch folgende Angaben von den Steuerpflichtigen gemacht werden: Grundstücksfläche, Bodenrichtwert, Immobilienart, Alter des Gebäudes, Mietniveaustufe. Aufgrund der Öffnungsklausel kann es durch länderspezifische Gesetze dabei allerdings noch zu Abweichungen kommen.

Information zur geplanten Abschaffung des Solidaritätszuschlags

Ab 2021 werden rund 33 Millionen steuerpflichtige Bürgerinnen und Bürger vollständig vom Solidaritätszuschlag befreit. Weitere rund 2,5 Millionen Steuerpflichtige müssen durch die Milderungszone ebenfalls weniger Steuern zahlen. Rund 1,3 Millionen Steuerpflichtige müssen weiterhin für eine möglichst kurze Übergangszeit den vollen Solidaritätszuschlag zahlen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt weiter das Ziel, den Soli ganz abzuschaffen. Die Unionsfraktion dringt darauf, dass dies möglichst rasch geschieht.